

# iFijáte!

## Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 567

Mittwoch, 01. Oktober 2014

21. Jahrgang

### Organisierte Kriminalität in Gefängnissen unter Führung von Byron Lima Oliva

*Die ausführliche Titelgeschichte über die kriminellen Handlungen von Byron Lima Oliva aus dem Gefängnis heraus, die wir in diesem und dem folgenden Heft veröffentlichen, basiert auf einen Artikel von Rodrigo Quezada Baires (Plaza Pública, 4. September 2014) und stellt gleichzeitig eine Reflexion zu den aktuellen Diskussionen über ein Ende der CICIG dar. Es wird einmal mehr gezeigt, wie unverzichtbar die CICIG leider noch immer in Guatemala ist. Um auf ein von der Vizepräsidentin Baldetti öffentlich geäußertes Argument zu antworten: nein, die guatemaltekische Justiz ist – trotz der Fortschritte unter Oberstaatsanwältin Claudia Paz y Paz – noch lange nicht in der Lage, alleine die Strasse des Rechts zu gehen, denn es herrscht noch immer ein grosser Verkehr von Korruption und Straffreiheit.*

#### Teil 1: Ein Schlag in die Magengrube

*Nach mehr als einem Jahr von Ermittlungen gelang der Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) unter der Leitung des kolumbianischen Staatsanwalts, Ivan Velásquez, was keiner der letzten drei Regierungen gelang: ein kriminelles Netzwerk zu zerschlagen, nämlich jenes des ehemaligen Hauptmanns der guatemaltekischen Armee, Byron Lima Oliva, einer der mächtigsten Verbrecher Guatemalas. Dieser juristische Schlag der CICIG bringt auch Innenminister Mauricio López Bonilla in Verlegenheit und treibt dem Ex-Militär, dem der Mord an Bischof Juan Gerardi vorgeworfen wird, alle Hoffnungen auf eine Begnadigung aus.*

Die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala wirft dem Ex-Hauptmann Byron Miguel Lima Oliva, der 2001 für den Mord an Bischof Juan José Gerardi verurteilt worden war, vor, ein kriminelles Netzwerk, das in guatemaltekischen Gefängnissen operiert, zu leiten. An dem Netzwerk sei unter anderem auch der Leiter der Generaldirektion des Gefängnisystems (DGSP), Edgar Joshua Camargo Liere, beteiligt gewesen, der nach den Erkenntnissen der CICIG von Lima Oliva nicht weniger als 6.000 US-Dollar für Verlegung von Häftlingen von einem Gefängnis zu einem anderen erhielt. Lima Oliva wurde von verschiedenen Sicherheitsbehörden und StrafrechtsexpertInnen aus den letzten drei Regierungsperioden als einer der mächtigsten Häftlinge in guatemaltekischen Gefängnissen bezeichnet. Ihm wird vorgeworfen, das Männergefängnis Pavoncito mit eiserner Faust regiert und aus dem Gefängnis heraus kriminelle Strukturen geleitet zu haben. Seit über einem Jahrzehnt existiert der Verdacht, dass Lima Oliva für verschiedene Verbrechen in den Haftanstalten verantwortlich sein könnte, aber bisher konnte sie ihm niemand nachweisen.

Die Staatsanwaltschaft (MP) eröffnete in den letzten Jahren zwölf strafrechtliche Ermittlungen gegen Lima Oliva wegen Drohungen, Erpressung und Körperverletzung sowie Drogenhandel, aber alle wurden abgewiesen, zu den Akten gelegt oder wegen mangelnder Beweise nicht vor Gericht gebracht. Das letzte Mal, dass Lima Oliva in die Schlagzeilen geriet, war im Februar 2013, nachdem entdeckt wurde, dass es, nachdem er kurzzeitig das Gefängnis verlassen hatte, Absprachen mit Gefängnisbehörden gegeben habe – ein Faktum, das in der ersten Gerichtsverhandlungen nicht zugelassen wurde. Der Fall endete mit der Entlassung des damaligen Leiters der DGSP und der Direktorin des Pavoncito. Lima Oliva kehrte in seine Fes-

#### Inhaltsverzeichnis

Organisierte Kriminalität in Gefängnissen unter Führung von Byron Lima Oliva – Teil 1.....	1
Das Strafvollzugssystem im Licht der Öffentlichkeit .....	3
Erneuter Ausnahmezustand in San Juan Sactepéquez .....	4
Verfrühter Wahlkampf.....	5
Der Staat Guatemala missachtet Urteile des CIDH.....	5
Regierung spioniert Zeitung aus.....	6

tung zurück und im Berufungsverfahren konnte er verhindern – entgegen der Forderung des Innenministeriums – in ein Hochsicherheitsgefängnis überführt zu werden (siehe **¡Fijáte!** 529).

Nun gibt die CICIG an, genügend Beweise zu besitzen, um Lima erneut anzuklagen. Dieser erwartete, dass das am 5. September verhandelte Verfahren wegen Urkundenfälschung eingestellt werde, womit er zugleich eine vorzeitige Entlassung von seiner 20-jährigen Haftstrafe wegen des Mordes an Gerardi hätte beantragen können. Die Generalstaatsanwältin Thelma Aldana leitete am 3. September eine Pressekonferenz, in der sie die Grundzüge der Untersuchung bekannt machte, welche bereits seit einem Jahr läuft. Sie beinhaltet unter anderem die Überprüfung der internen Dokumente über die Lauschangriffe der DGSP, der Übergaben von Geld, Fahrzeugen und Menschen sowie der Käufe und Überschreibung von Immobilien.

Nach Angaben von Aldana wurden 13 Personen wegen unsachgemässer Verlegung von Häftlingen im Austausch für Zahlungen in bar oder in Form von Wertgegenständen beschuldigt und einer Pflichtverletzung im Amt bezichtigt. An der Spitze des Netzwerks stand Lima Oliva, unter ihm sieben mutmassliche Mitglieder einer mächtigen kriminellen Struktur, darunter Edgar Joshua Camargo Liere und sechs Zivilangestellte: Carlos Cermeño Espina, José Ávila Mazariegos, William Estuardo Salguero Tobar, Christian René Picón Cifuentes, Martín Arévalo Godoy und Alejandra Sarai Reyes Ochoa.

Edy Fisher Arbizú, ehemaliger stellvertretender Generaldirektor des Systems, der ebenfalls festgenommen wurde, wurde wegen Pflichtverletzung des Amtes entlassen. Ihm werden Telefonate mit dem Hauptmann zugeschrieben, aber man konnte sich nicht in deren Inhalte vertiefen. „Es gibt keine Beweise dafür, dass er an den Überweisungen teilgenommen hat“, sagte der kolumbianische Leiter der CICIG.

Die CICIG versicherte, dass die Gefangenen Fabio Campos Morales, Juan Fernando de León Amézquita, Andy Cristian Urbizú Castillo und die Brüder Silverio Otto Guillermo und Edgar Enrique Chicas de León an Lima Geld zahlten, damit sie aus dem Untersuchungsgefängnis der Zone 18 nach Pavoncito verlegt würden, Sonderverlegungen, die Camargo 2013 und 2014 unterzeichnet hat. Camargo wird der Bestechlichkeit (Annahme von Geschenken) beschuldigt sowie der Verschwörung und der Verschwörung zur Geldwäsche. Die Durchsuchung in seinem Haus war nur eine der Massnahmen, die am 3. September erfolgten; 15 Teams von Staatsanwaltschaft und Polizei führten Durchsuchungen in verschiedenen Häusern durch, etwa bei Unternehmen und in den Büros der DGSP in der Zone 1 der Hauptstadt.

### **Der erste Schlag des Kommissars Velásquez**

Seit dem Ausscheiden des früheren Leiters der CICIG (Francisco Dall'Anese) im September 2013 hatte das UN-Gremium ein wenig an Profil verloren. Velásquez wurde bei den Diskussionen im Berufungsausschuss für den Posten nicht als ein zupackender Ermittler angesehen. Das war beim ersten CICIG-Leiter (2009-2010), Carlos Castresana, genau so gewesen. Und es gab bis dato auch keine spektakulären Erklärungen wie zum Beispiel der Bericht „Richter der Strafflosigkeit“, den Dall'Anese im November 2012 vorgestellt hatte (siehe **¡Fijáte!** 541).

Velásquez Gómez hat gesagt, er ziehe es vor, erst zu ermitteln und dann zu kommentieren. Aber am 3. September sprach er mit ReporterInnen über die Macht des Lima Oliva: „Manchmal zeigt sich die Macht der verurteilten Gefangenen darin, dass sie Aktivitäten der verschiedensten Arten durchführen und sich für diese Leistungen bezahlen lassen“. Er sprach von Vorteilen, die von den Minimalbedingungen an Sicherheiten bis zu Privilegien reichten, die „mit jedem Gefängnisystem der Welt unvereinbar“ sind: Steuerung des Besuchsverkehrs, Handy-Nutzung, interne Unternehmensführung und Verhandlungen über Überweisungen. „Schauen Sie sich seine Facebook-Seite an, dann wissen sie, welche Macht er besitzt.“

„Lima Oliva gibt Befehle an andere, um den Transfer von Gefangenen im Austausch für die Zahlungen zu erhalten, die mit den an den Aktionen Beteiligten geteilt werden“, sagte Velásquez Gómez. Untersuchungen zufolge, die mit dem Fall der Verlegung des mutmasslichen Drogenhändlers Fabio Campos Morales begann, arbeitete die Bande wie folgt: Tobar Salguero (ehemals Schwager von Lima Oliva und gemeinsam mit ihm im Februar 2013 verhaftet), Ávila Mazariegos und Cermeño waren dafür zuständig, die Insassen anzusprechen, über die Zahlungen zu verhandeln, die bis zu 100.000 US-Dollar (880.000 Quetzales) betragen konnten, und sie einzutreiben. Lima Oliva gab die Verlegungsanforderungen an Camargo weiter. Dann gab Cermeño den ihm zustehenden Anteil an den Generaldirektor weiter, in der Regel mindestens 6.000 US-Dollar (etwa 53.000 Quetzales).

Um solche Verlegungen zu tätigen, nutzte Camargo eine Lücke im Gefängnisgesetz. Nach Artikel 8 der Verordnung steht jede Bestrafung eines Täters unter der Kontrolle der VollzugsrichterInnen, also jener RichterInnen, die für den Fall der in Gewahrsam befindlichen Personen zuständig sind; und diese sind die einzigen, die eine Verlegung von einem Gefängnis zum anderen oder zu einem medizinischen Zentrum autorisieren können. Allerdings erlaubt das Gesetz, dass in einem Notfall die DGSP Verlegungen durchführen kann, vorausgesetzt, dass diese sofort den zuständigen RichterInnen mitgeteilt wird. Das Nationale Wirtschaftsforschungszentrum (CIEN) ermittelte auf Basis der amtlichen Statistik, dass sich die Zahl der Verlegungen, die sich auf diese Notfälle beriefen, von September letzten Jahres bis März dieses Jahres

signifikant erhöhten. Von den insgesamt 975 Verlegungen wurden nur 216 von den zuständigen RichterInnen beantragt. Die übrigen 759 Fällen (77,85%) fanden im Auftrag des Generaldirektors statt.

Die CICIG sieht in Salguero Tobar sowie in Arévalo Godoy, Reyes Ochoa und Picón Cifuentes (Ex-Direktor der Gefängnisfarm Canadá in Escuintla und seit dem ersten Semester 2014 angestellt als Berater in der umstrittenen Beschaffungsabteilung des Innenministeriums, namens „Reglón 189“) Strohmänner für den Erwerb von Immobilien und Fahrzeugen. Die Verwaltung der Besitztümer und die Abrechnungen lagen in den Händen von Alejandra Sarai Reyes Ochoa, einer ex-Freundin von Lima Oliva. „Er erzielt hohe Umsätze mit dem, was wir gefunden haben. Wir hoffen, dass die Ermittlungen noch mehr konkrete Ergebnisse bringen werden“, sagte der CICIG-Leiter und fuhr fort, dass die Liegenschaften und Fahrzeuge auf die Namen der direkt Involvierten registriert wurden, dass jedoch alle vorgefundenen Unterlagen beweisen würden, dass der wahre Eigentümer Lima Oliva sei. Es gebe zudem Akten, die dessen Managements bzw. Kontrolle über die Liegenschaften nahelegten, während zugleich klar sei, dass die Besitzer, die darin gelistet seien, die Finanzkraft für diese gar nicht besaßen. Laut CICIG 'gehörten' den Strohmännern von Lima Oliva sechs Liegenschaften inklusive eines Strandhauses, neun Luxusfahrzeuge, zwei Fahrzeuge für die BesucherInnen der Untersuchungszellen in Pavoncito, ein Luxusbad (Spa) und neun Rassepferde. Velásquez Gómez sagte, dass der Fall nun an das Gericht für Enteignung von Eigentum zugeleitet werde.

*Sowohl die Person Camargo, die vom Innenminister López Bonilla ins Amt gebracht wurde, wie auch die Person Picón Cifuentes oder ein zwielichtiger Neffe des Ministers können dazu führen, dass auch die politische Ebene in die Vor-kommnisse ins Zwielficht gebracht werden wird. Darüber mehr im zweiten Teil im nächsten Heft. (die Red.)*

## Das Strafvollzugssystem im Licht der Öffentlichkeit

**Guatemala, 18. Sept.** Aufgrund der Erfassung einer kriminellen Organisation innerhalb der Gefängnismauern, die durch Verlegen von Insassen Geld bekam (siehe oben), ist das Strafvollzugssystem von Guatemala in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Die Folgen der Korruption gehen weit. Das Einsitzen im Gefängnis ist lebensgefährlich und die Lebensbedingungen dürftig.

Es sterben Menschen, weil sie sich weigerten für Erpressungen zu zahlen, oder weil sie nicht das Geld aufbrachten, um für ein entführtes Familienmitglied zu zahlen. Das alles scheint aber für das Innenministerium keine grosse Bedeutung zu haben, denn mit seinem Nichtstun oder Komplizenschaft erlaubt es, dass die schlimmsten Verbrechen geschehen.

Am 3. September wurden Byron Lima und 12 weitere Personen von der CICIG wegen krimineller Vereinigung angezeigt. Lima Oliva verdiente vermutlich Millionen von Quetzales mit Straftaten, die er aus dem Gefängnis heraus verübte. Hohe Funktionäre wurden zu Verbrechen, die vom Gefängnis aus geplant und durchgeführt worden sind, befragt. Alle betonen, dass man dies bekämpfen wolle, trotzdem hat sich im Strafvollzugssystem seit 40 Jahren wenig verändert.

Laut Sandino Asturias, vom Studienzentrum Guatemala (CEG), gibt es mehrere Punkte, die beachtet werden müssten, damit das Strafvollzugsgesetz gerecht würde. „Das Gesetz über das Strafvollzugssystem ist eines der fortschrittlichsten in Lateinamerika, aber man wollte es aus zwei Gründen nicht implementieren: Das Gesetz legt eindeutig fest, wie die Gefängnisse kontrolliert werden müssen. Es ist Aufgabe des Staats dies zu tun, die Häftlinge müssen nach ihrem Grad der Gefährlichkeit eingestuft und Resozialisierungsprogramme durchgeführt werden. Aber nichts von dem ist passiert, was auf fehlenden politischen Willen zurückzuführen ist“, so Asturias.

Dazu kommen die fehlenden Geldmittel für das Strafvollzugssystem, was zu Korruption führte, und die fehlende Ausbildung der Gefängnisangestellten, was dazu beitrug, dass es in die Hände krimineller Banden fiel. „Die Geschichte zeigt uns, dass die Netzwerke, die das Strafvollzugssystem dominieren, mit denen, die legal an der Macht sind, in Verbindung stehen, denn sonst könnten sie nicht tun, was sie tun. All das durchgehen zu lassen und wegzusehen, sowie auch die Korruption, liegen in der Verantwortung der Regierung“, erklärt Sandino Asturias.

Ein klarer Beweis für die angesprochenen Missstände im Strafvollzugssystem ist die Entlassung von mehreren Angestellten besagter Institution: Der Gefängnisdirektor Edgar Camargo Liere, der mutmasslich Lima Olivas Struktur angehört, sowie zwei Subdirektoren. Innenminister López Bonilla geht sogar soweit, von einer Krise des Strafvollzugssystems zu sprechen. Nun will man in der nächsten Zeit das System komplett umstrukturieren und neue Leute einsetzen.

Inmitten der offensichtlichen Korruption im Strafvollzugssystem wurde am 9. September das Regierungsabkommen 307-2014 vom Präsidenten und dem Kabinett unterschrieben. Es erlaubt dem Innenministerium über die Generaldirektion des Strafvollzugssystems ein Gefängnis zu bauen, ohne vorher „die Auflagen öffentlicher Ausschreibungen zu erfüllen und die gesetzlich vorgeschriebenen Preisvergleiche vorzulegen“. Zu diesem Zwecke darf das Ministerium die Person oder Firma ihrer Wahl, national oder international, ohne weitere Kriterien mit dem Bau beauftragen, solange Preis und Bedingungen akzeptabel sind. Veranschlagt werden bis zu 755 Millionen Quetzales (ca. 75 Mio. €) für das Projekt. Für die Öffentlichkeit erscheint das alles wie eine Entschuldigung, um Geschäfte zu machen, denn diese Art von riesi-

gen Baustellen, die die Sicherheit der Bürger betreffen, dürften nicht auf diese Weise in Auftrag gegeben werden. Dadurch ginge die Transparenz verloren.

Über die konkrete Frage über den Bau von Gefängnissen hinaus, so Asturias, sei es notwendig zu verstehen, wie das Justizsystem in Bezug auf die Möglichkeit der Gefängnisstrafe funktioniert. Denn wenn ein neues Gefängnis fertiggestellt wird, dann wird es auch sofort mit Insassen gefüllt. Das Grundproblem ist die Anzahl an Personen, die inhaftiert werden, was wiederum auf den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zustand des Landes verweist. Insgesamt sitzen knapp 18.300 Insassen in 20 Gefängnissen. Ursprünglich waren 22 Zentren für 6.742 Gefangene vorgesehen. (LH, EP)

## Erneuter Ausnahmezustand in San Juan Sactepéquez

**Guatemala, 25. Sept.** Die Regierung rief am 21. September den Ausnahmezustand in San Juan Sactepéquez aus, nachdem am 19. und 20. September 11 Personen ermordet wurden. Mehr als 400 Sicherheitskräfte (Polizei und Armee) sind derzeit vor Ort stationiert. Das Regierungsdekret 6-2014, gültig für einen Zeitraum von 14 Tagen, verbietet öffentliche Versammlungen und Streiks und schränkt das Recht auf Demonstration, Bewegungsfreiheit und das Tragen von Waffen ein. Laut AnwohnerInnen wurden mehr als 70 Hausdurchsuchungen angeordnet und 36 Haftbefehle gegen BewohnerInnen des Dorfs Pajoques, die sich gegen die Tätigkeiten von Cementos Progreso (CP) im Stadtgebiet San Juan Sactepéquez wehren, ausgestellt.

Die Gewalttaten in Pajoques begannen in der Nacht vom 19. September, als eine Gruppe von 10 Arbeitern der Zementfabrik Cementos Progreso auf offener Strasse Schüsse abfeuerte und einige AnwohnerInnen erschienen, um nachzusehen, was passierte. Die Bewaffneten griffen sie an und töteten eine der Personen.

Als die AnwohnerInnen versuchten, die Gewalttätigen festzuhalten, flohen diese in ein nahestehendes Haus und gaben weitere Schüsse ab. Zwei Anwohner wurden tödlich verletzt.

Die *Zwölf Gemeinden im Widerstand von San Juan Sactepéquez* gaben an, dass sie den Vorfall der Polizei meldeten, diese aber nichts unternahm. Die Polizei gab Personalmangel als Grund für ihr Nichterscheinen an. Aber auch nach dem Vorfall erschien sie nicht, um Ermittlungen aufzunehmen.

Später wurde eine Familie in ihrem Haus angegriffen, was den Tod von weiteren acht Personen verursachte. Die Angreifer setzten das Haus und die Habseligkeiten der Familie in Brand.

Laut Regierung stehen hinter diesen Morden die zwölf Gemeinden, die sich seit 2007 gegen Cementos Progreso organisiert haben. Die Beschuldigten allerdings sagten aus, dass mit diesen Taten versucht wird, sie zu kriminalisieren und ihren pazifistischen Kampf gegen die Projekte von CP in der Region zu verleumdern.

Das Observatorium für Indigene verurteilt die „repressive“ Massnahme der Regierung. „Die Massnahme soll lediglich dazu dienen, die Zone zu militarisieren und die Interessen der Wirtschaftselite zu schützen, nicht aber die der Bevölkerung“, gab Mario Itzep, Mitglied des Observatoriums, an.

In einer Pressemitteilung der *Zwölf Gemeinde im Widerstand von San Juan Sactepéquez* werden die Morde als ein Massaker angesehen, die einer paramilitärischen Operation ähneln. Der Modus Operandi entspräche dem, der während des inneren bewaffneten Konflikts angewendet wurde. Das Ganze diene ausschliesslich der Kriminalisierung der Gemeinden.

Am 24. September wurden vier Personen von der PNC und der Staatsanwaltschaft festgenommen, da sie unter Verdacht stehen, für die Ausschreitungen verantwortlich zu sein. Es handelt sich um vier Männer im Alter zwischen 25 und 51 Jahren. Bei der Aktion wurden ebenfalls 20 Hausdurchsuchungen durchgeführt. Insgesamt waren 985 Mitglieder der Polizei, Armee und Staatsanwaltschaft an der Operation beteiligt gewesen.

AnwohnerInnen klagten, dass während des Einsatzes Eigentum zerstört wurde und Nahrung gestohlen, vor allem in den Fällen, in denen die gesuchten Personen bei der Hausdurchsuchung nicht anwesend waren.

Die Konvergenz für Menschenrechte setzt die Geschehnisse in Zusammenhang mit weiteren Vorkommnissen, die in der Woche vom 15. September geschahen und die sozialen Konflikte schüren. Soziale Protestmärsche wurden in unterschiedlichen Teilen des Landes von unbekanntem, vermummten Leuten oder Sicherheitskräften angegriffen bzw. zu Unruhe angestiftet. Das führte, so die Presseerklärung, zum Eingreifen der Polizei, die dann gegen die Gemeinden vorging. Im Falle von San Juan Sactepéquez griff die Polizei erst gar nicht ein und blieb dem Ort des Geschehens fern, beschuldigten dann aber die 12 Gemeinden, die Verursacher der Unruhen zu sein. Interessant sei auch, so die Konvergenz der Menschenrechte, dass der Häftling Byron Lima Oliva – nach eigener Aussage – von der Familie, die Eigentümerin von Cementos Progreso ist, eine Wohnung gestellt bekam. Vor einigen Wochen sei auch die Existenz eines Fonds bekannt geworden, der Ex-Militärs sowie Zivilpersonen helfen soll, gegen soziale und Menschenrechtsbewegungen vorzugehen, so die Pressemitteilung. (AC, Pressemitteilung der 12 Gemeinden und der Konvergenz für Menschenrechte)

## Verfrühter Wahlkampf

**Guatemala, 26. Sept.** Am Sonntag, dem 21. September, wurde Alejandro Sinibaldi, kürzlich zurückgetretener Minister für Verkehr, offiziell zum Präsidentschaftskandidat der Patriotischen Partei (PP) für die Wahlperiode 2015 erklärt. Diese Kundgebung wurde durch eine Masse von Leuten begleitet, die die Farben der PP trugen. Es war also klar eine politische Wahlkundgebung, die unter der Leitung von Roxana Baldetti, Vizepräsidentin der Republik und Generalsekretärin der PP, stand. Mit dieser Dualität – Parteisekretärin und Vizepräsidentin zu sein – hat Baldetti seit Beginn ihrer Amtszeit jongliert. Das dieser Widerspruch nun auch noch in Verbindung mit einem verfrühten Wahlkampf ausgenutzt wird, entfacht erneut die Debatte ob der Legalität ihres Amtes. Verfassungsartikel 182 legt fest, dass es dem/r Präsident/In sowie VizepräsidentIn, MinisterInnen und anderen Mitgliedern der Exekutive verboten ist, politische Parteien zu favorisieren. Und Artikel 154 der Verfassung besagt, dass FunktionärInnen dem Staate dienen und nicht einer politischen Partei. Ebenso verbietet das Wahlgesetz, dass FunktionärInnen sich während ihrer Amtszeit dem Wahlkampf widmen, oder mit ihrer Autorität Einfluss ausüben.

Baldetti selbst machte sich mit dem Satz berühmt, dass sie nach 17 Uhr nicht mehr Vizepräsidentin sei, sondern Generalsekretärin. Das Amt der Vizepräsidentschaft aber, so Verfassungsanwalt Gabriel Orellana, sei auf 24 Stunden am Tag über die vier Jahre Amtszeit hinweg definiert. Auch gäbe man seine Rechte als RegierungsvertreterIn nicht in seiner Freizeit ab.

Von diesem Zwiespalt abgesehen, geschah die Ernennung des Präsidentschaftskandidaten ausserhalb der Wahlkampfperiode, was das Einschreiten des Obersten Wahlgerichts (TSE) notwendig machte. Es entschied, die PP zum zweiten Mal zu suspendieren, dieses Mal für eine Dauer von bis zu sechs Monaten. Weiterhin wurde Roxana Baldetti das Amt der Generalsekretärin der PP aberkannt, welches sie seit 2009 innehatte. Das Urteil fiel erstaunlich hart aus, da die meisten wohl eine blossе Bussgeldstrafe erwartet hatten.

Schon am 4. Juli waren 11 Parteien mit einem Bussgeld aufgrund von verfrühtem Wahlkampf verwahrt worden und zwei der Parteien suspendiert (PP und Líder). Die Suspendierung wurde erst kürzlich aufgehoben. (EP, PL)

## Der Staat Guatemala missachtet Urteile des CIDH

**Guatemala, 16. Sept.** Der Interamerikanische Gerichtshof der Menschenrechte (CIDH) prüfte während seiner 152. Tagungsperiode die Erfüllung von elf Urteilen, die gegen den Staat Guatemala erlassen wurden. Dabei wurde geschlossen, dass der Staat seinen Pflichten bezüglich der internationalen Abkommen nicht nachgekommen sei. Es geht dabei um die Urteile in den Mordfällen Nicholas Blake, Maritza Urrutia, Carpio Nicolle, Tiu Tojín, Florencio Chitay Nech, Myrma Mack Chang, Bámaca Velásquez, Molina Theissen, den Morden an Strassenkindern, sowie den Massakern in Plan de Sánchez und Río Negro und der Fall des Diario Militar (Entführungen, illegale Festnahmen und Ermordungen durch das Militär).

Der CIDH erliess aus diesem Grunde eine Resolution, die die Erfüllung von zwei Urteilen (im Fall des Massakers von Río Negro und im Fall Diario Militars) überwachen soll. „Die Äusserungen der Regierung gegen diese Wiedergutmachungsmassnahmen, die durch die Urteile angeordnet wurden, und damit verbunden die ausbleibenden Fortschritte in der Ausführung der Massnahmen, legen eine schwerwiegende Unterlassung der Pflichterfüllung und eine Unkenntnis der Grundprinzipien des internationalen Rechts nahe“, gab der CIDH auf seiner Webseite an. „Die Position, die Guatemala derzeit einnimmt, ist eine evidente Missachtung der Verpflichtungen gegenüber der Rechtsprechung des CIDH.“

Aura Elena Farfán von der Vereinigung der Familienangehörigen von Inhaftierten-Verschwundenen von Guatemala (Famdegua) kommentierte, dass „der CIDH mit aller Härte die Missachtung der Verpflichtungen von Seiten des guatemalteckischen Staates verurteilt und fordert, dass alle Massnahmen ergriffen werden, um die erlassenen Urteile zu erfüllen. [...] Die Handlungen des Staates entsprechen einem Gesinnungswandel der Regierung, denn einige der Urteile akzeptierte der Staat zuvor voll- oder teilweise. Gerechtigkeit zu erlangen wird für die Opfer somit illusorisch“.

Aufgrund dessen richteten sich verschiedene soziale Organisationen an die Regierung, damit diese ihre Haltung revidiere und damit den Opfern Zugang zu Gerechtigkeit verschafft.

Für die Opfer und ihre RepräsentantInnen ist die Position Guatemalas ein klare Missachtung, da sie die Legitimität der Rechtsprechung des Interamerikanischen Gerichts verweigert und ihren internationalen Verpflichtungen und Kompromissen, die Entscheidungen zu befolgen, nicht nachkommt. Es drehe sich hier nicht um ein praktisches Problem, die verlangten Massnahmen anzuwenden, es sei eine Politik, die den CIDH ignoriert und diskreditiert.

Antonio Arenales Forno, Chef der Präsidentschaftlichen Kommission der Menschenrechte der Regierung (Coprodeh) gab während der Tagung des CIDH am 13. August an, „dass die Amnestie, gemäss dem internationalen Recht und der Rechtsprechung der CIDH, Vorrang über Ermittlungen in schwerwiegenden Verbrechen gegen die Menschenrechte habe.“ RegierungsvertreterInnen Guatemalas argumentierten, dass die Entscheidungen der Interamerikanischen Kommis-

sion und auch des Gerichtshofs der Menschenrechte nicht bindend für Delikte seien, die stattfanden, bevor Guatemala einen Rechtsstaat konstituierte, bzw. die geschahen, bevor der Staat die Kompetenz des CIDH anerkannte. Der Staat Guatemala erklärte, dass der Gerichtshof keine Kompetenz in den genannten zwei Fällen habe und dass die Erfüllung der Urteile von internen Entscheidungen abhänge.

Das CIDH erinnerte aber daran, dass ihre Entscheidungen als internationale Rechtsprechung bindend sind. Im Artikel 68.1 der Amerikanischen Konvention der Menschenrechte, die Guatemala unterzeichnete, ist festgelegt, dass „die Staaten, die Teil der Konvention sind, sich dazu verpflichten, die Entscheidungen des Gerichts in allen Fällen, die sie betreffen, zu befolgen“. (EP)

## Regierung spioniert Zeitung aus

**Guatemala, 18. Sept.** ElPeriódico stellte am 16. September Anzeige wegen Spionage und Plagiat von Informationen gegen die Regierung. Dabei geht es um eine Recherche über Eigentum der Vizepräsidentin Roxana Baldetti. Der Artikel „Ein Nachmittag in der Finca der Vizepräsidentin“ sollte am Dienstag, dem 16. September, eigentlich veröffentlicht werden. Allerdings zirkulierte schon am Vortag ein Gegenbericht in den offiziellen Internetseiten und sozialen Netzwerken der Vizepräsidentin, des Präsidenten und anderer Regierungsinstitutionen. Am Montagnachmittag veröffentlichte zum Beispiel die Webseite der Vizepräsidentin Fotografien der Recherche und gab an, dass dies eine Verleumdungskampagne gegen die Regierung der Patriotischen Partei sei.

ElPeriódico zeigte am gleichen Tag an, dass ihre Webseite gehackt wurde und dadurch der Zugang für die LeserInnen blockiert war. Die Zeitung gab an, dass dies nun zum 15. Mal in der aktuellen Regierungsperiode passiert sei.

Die von der Regierung gestohlene Recherche handelt von Roxana Baldettis luxuriösem Eigentum in Tecpán, Departamento Chimaltenango, dessen Wert auf über 25 Millionen Quetzales (ca. 2,5 Mio. €) geschätzt wird. Das Anwesen soll von Baldetti von der Familie Jarquin erstanden worden sein. Die Familie führt das Unternehmen Agefinsa, welches Hauptlieferant von Medikamenten in Guatemala ist. Unklar sei, auf welche Art das Eigentum gekauft wurde.

Es war weiterhin nicht möglich, eine Kopie der Eigentumserklärung vom Rechnungshof zu bekommen, da das Gesetz über Eigentum festlegt, dass die Daten von BeamtenInnen vertraulich sind. Baldetti schrieb in ihrer Erklärung, die am besagten Montag zirkulierte, dass sie das Anwesen erstanden habe, als sie noch Abgeordnete gewesen war, also im Jahr 2007 oder 2008. Der hohe Wert des Anwesens steht allerdings in einem starken Gegensatz zu den Gehältern, die öffentliche Angestellte (oder auch Kongressabgeordnete) erhalten.

Die Regierung ihrerseits bezichtigt den Präsidenten von ElPeriódico, Jose Rubén Zamora, eine Verleumdungskampagne gegen den Präsidenten und die Vizepräsidentin zu führen. Zur Erinnerung: Seit November 2013 stellte die Vizepräsidentin mehr als 30 Anzeigen gegen Zamora und andere MitarbeiterInnen der Zeitung, die psychologische Gewalt bis Verfassungsverstoß unterstellen. Ausserdem wurde zu einem Boykott gegen ElPeriódico mit dem Ziel aufgerufen, die Mehrheit der privaten Firmen dazu zu bewegen, in der Tageszeitung keine Anzeigen mehr zu schalten.

Diese Art von Einschränkung der Pressefreiheit scheint eine Gewohnheit der aktuellen Regierung zu sein. Bei Prensa Libre beschwerte sich Präsident Pérez schon über einen Artikel, der die Korruption in der Regierung kritisierte. Von Emisoras Unidos forderte er, dass ein Reporter, der über die Exekutive berichtete, versetzt werden solle. Auch in anderen Medien sollen JournalistInnen von der Berichterstattung über die Präsidentschaft abgezogen worden sein, auf Geheiß der Regierung.

Das kürzliche Vorgehen der Regierung sorgte dieses Mal allerdings nicht nur für nationale Kontroversen, sondern fand internationale Verbreitung, u.a. in der New York Times. In Guatemala nahm die Abteilung für Delikte gegen JournalistInnen der Staatsanwaltschaft bereits die Ermittlungen auf. MitarbeiterInnen der Staatsanwaltschaft trafen sich mit der Regierung, um Details in Erfahrung zu bringen. Anwälte versicherten, dass gegen Artikel 274f des Strafgesetzes verstoßen wurde. Dieser verbietet es, „Computerdateien anderer zu verwenden und in fremde Datenbanken oder elektronische Archive ohne Erlaubnis einzudringen.“ Auch Artikel 35 der Verfassung über die Freiheit der Gedankenäußerung wurde verletzt.

Von Seiten der Regierung existieren zwei Versionen darüber, wie sie zu den Informationen gekommen sei. Zum einen gibt Baldetti an, dass man ihr einen Umschlag mit anonymen Absender zukommen liess. Das Sekretariat für soziale Kommunikation sagte aber aus, dass MitarbeiterInnen vom ElPeriódico die Infos übergaben, da „sie mit dem Arbeitsklima unzufrieden sind“.

Die Interamerikanische Pressgesellschaft (SIP) verurteilte diesen „neuen Missbrauch des Staates zum Lasten der Pressefreiheit“. Claudio Paolillo, Präsident der Kommission für Pressefreiheit der SIP gab sein Erstaunen über das Verhalten der Regierung kund, die sich Zugang zu Recherchen einer Tageszeitung verschaffte und sie benutzte, um sich zu verteidigen und die journalistische Arbeit abzuwerten. Laut Paolillo sei dieser Missbrauch eine starke Einschränkung der Pressefreiheit und keine gute Nachricht für die Medien und JournalistInnen in Guatemala. Allerdings sei es nur einer von vielen Zwischenfällen mit der Regierung. Schon im Februar entsandte die SIP eine internationale Mission nach Guatemala aufgrund der wiederholten, systematischen Übergriffe durch die Regierung. (PL, EP, Cerigua)

**¡Fijáte!**

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

**Redaktion:**

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com  
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

**Abo-Verwaltung:** [fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

**Abo in der Schweiz:** Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6